

Koschminer Zeitung

und Anzeiger für die Städte Borek und Pogorzela

mit der Beilage: Amtliches Kreisblatt für den Kreis Koschmin

Die Koschminer Zeitung erscheint Mittwoch und Sonnabend, das „Amtliche Kreisblatt“ als Beilage jeden Sonnabend. Der Bezugspreis durch die Post oder unsere Geschäftsstelle vierteljährlich 1,20 Mark, durch den Briefträger frei ins Haus 1,38 Mark. Einzelne Nummer 10 Pfg.



Anzeigen werden mit 15 Pfg., im Reklameteil mit 30 Pfg., im Amtlichen Kreisblatt mit 25 Pfg. für die kleine Zeile oder deren Raum berechnet und bis Dienstag oder Freitag vormittags 9 Uhr erbeten. Annoncen-Aufnahme für sämtliche in- und ausländische Zeitungen zu Originalpreisen.

Fernsprech-Anschluß
Nummer 34

Verantwortlicher Redakteur Paul Henjes in Koschmin □ Druck und Verlag von Hermann Tuch in Koschmin

Telegramm-Adresse:
Zeitung Koschmin

Politische Wochenschau.

Koschmin, den 18. Februar 1910.

Der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg will nichts mehr von dem „Philosophen-Mantel“, den man ihm als Attribut ebenso beilegte, wie seinem Vorgänger dem Fürsten Bülow zu Beginn von dessen Amtszeit „Büchmanns geflügelte Worte“, wissen, er will Steuermann in der Politik sein. In seiner Begrüßungs-Ansprache beim Festmahle des deutschen Landwirtschaftsrates, auf dem auch Bülow sich als einen agrarischen Kanzler bekannte, hat Herr von Bethmann in Anerkennung der Politik Bismarcks und Bülows um die Landwirtschaft betont, daß er selbst an diesen Bahnen und ihren Zielen festhalten werde, und damit ein bemerkenswertes, wenn auch nicht unerwartetes Bekenntnis für die künftige deutsche Wirtschaftspolitik abgelegt. Allerdings kann diese nicht gut auf andere Geleise übergehen, seitdem sogar England sich anschickt, von den Jahrhunderte eingehaltenen Pfaden des Freihandels abzuweichen. Gern unterschreiben wird jeder die anerkennenden Worte, die der leitende Staatsmann über die Lichtigkeit des deutschen Landwirtschafts und Bauern sprach, und mit nicht geringerer Genugtuung wird Süddeutschland die offene Erklärung des Reichskanzlers quittieren, daß ihm nichts ferner liege, als gegen süddeutsches Wesen Antipathie zu hegen. Dabei braucht man nur an Bismarcks bekannte Überzeugung zu denken, daß die süddeutsche Bevölkerung für ein espressichtliches Gedeihen des Reiches geradezu unentbehrlich sei. Ohne das Gebiet südlich vom Main wäre Deutschland ohne Einheit. Es ist zu hoffen, daß die energische Stellungnahme Herrn von Bethmanns gegen sensationellen Erkundungen dahin führen wird, diesen sehr überflüssigen Darstellungen den Boden zum guten Teile zu entziehen. Nutzen haben wir gewiß nicht davon!

Die Lebhaftigkeit in der inneren deutschen Politik war diesmal auf das preussische Konto zu schreiben, aber man merkt schon, wie auf den Sturm wieder eine größere Besonnenheit zu folgen beginnt. Die sozialistischen Demonstrationen gegen die neue Wahlrechtsvorlage können auf diese keinen entscheidenden Einfluß gewinnen, das hat die Stellungnahme der politischen Parteien bereits erwiesen. Die einfache Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen will die große Mehrheit der preussischen Landesvertretung nicht mitmachen; sie will wohl, während die Regierung und mit ihr die konservative Partei an dem öffentlichen Wahlrecht festhält, ein geheimes Wahlrecht, aber kein gleiches. Da die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses auch noch von dem ganz konservativen Herrenhaus zu genehmigen sein werden, so bleibt vollständig das endgültige Resultat abzuwarten. Im deutschen Reichstage sind nach dem Stagesgesetz das Arbeitskammer-, Heimarbeiters-, Stellenvermittler-Gesetz und der Toleranz-Antrag des Zentrums beraten, worauf zum Etat des Reichsamts des Innern übergegangen wurde, der alljährlich eine ganze Reihe von Sitzungen in Anspruch zu nehmen pflegt. In den Reichstags-Kommissionen ist mit dem im Vorjahre angekündigten großen Sparen begonnen worden, und alle Details-Ausgaben sind darauf hin einer besonders sorgfältigen Prüfung unterworfen. Ein gut Teil Ausgaben wird dabei gespart werden, und kann es auch, wenn man z. B. hört, daß die Reisekosten zc. auf hundert Millionen veranschlagt wurden. Gelten darf aber keine einseitige Sparsamkeit, sie muß in allen Verwaltungszweigen in gleicher Weise sich entwickeln, wissen wir doch heute noch nicht entfernt, in wie weit die vorjährigen neuen Reichsteuern wirklich die Summen aufbringen werden, die sie aufbringen sollen. Daraus wird allerdings auch ersichtlich, daß die Klagen über die teuren Preise nicht mit den hohen Reichsaufgaben zu begründen sind, denn nach dem amtlichen Kassenausweis des Reiches ist garnicht so fürchtbar viel mehr Geld eingekommen. Erfreulich sind weitere bessere Meldungen vom Schauplatz der Zollstreitigkeiten. Der mehr als zehnjährige Zwist mit Kanada ist geschlichtet, und auch Frankreich scheint geneigt, bei seinen Zollerhöhungen Abstriche zu machen. Ein Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen zeigt sich auch in den katholischen Wahlkreisen der Zentrums-Partei. Im rheinischen Wahlkreise Wülheim-Wipperfurth hatte eine Stichwahl zwischen Zentrum und Sozialdemokratie stattgefunden.

Die französische Regierung hat es verstanden, durch sofortige Notstands-Vorlagen die Jeremiaden der von der

Ueberschwemmung heimgefuhrten Pariser zu beschwichtigen. Die wohlmeinenden Leute bei uns, welche „für Paris“ sammeln wollten, kannten eben die französischen Anschauungen in solchen Dingen nicht. Die private Wohltätigkeit, die bei uns eine so große Rolle spielt, ist dort wenig beliebt, man leert nicht gern die eigenen Taschen, sondern läßt viel lieber den Staat sorgen.

Die feierliche Vorlesung der Thronrede zur Eröffnung der ersten Session des neugewählten englischen Parlaments findet in der kommenden Woche statt, und dann beginnt auch die Auseinandersetzung zwischen Unterhaus und Oberhaus. Der Widerstand des letzteren gegen das Budget hatte bekanntlich die Neuwahlen herbeigeführt. Recht unerquicklich bleiben die Verhältnisse nach wie vor im Orient. Die Veteuerungen der griechischen Militärliga, nun endlich für Ruhe und Frieden im Innern sorgen zu wollen, waren entweder nicht ernsthaft gemeint oder aber nicht nachdrücklich genug verwirklicht; jedenfalls ist garnichts besser, alles indessen schlechter geworden.

Eine mißlungene Interpellation.

Im preussischen Abgeordnetenhaus war von national-liberaler Seite eine Interpellation eingebracht worden, in der die Regierung um Auskunft wegen angeblicher Maßregelungen von Beamten wegen ihres Eintretens für die nationalliberale Partei ersucht wird. Die Beantwortung dieser Interpellation durch den Minister des Innern sowie die sich daran anschließende Diskussion haben den untrüglichen Beweis geliefert, daß eine derartige Aktion überflüssig war, und ihr Ausgang hat sich zu einer bedingungslosen Ehrenerklärung und einem überaus ruhmvollen Zeugnisse für die oberste Leitung der Provinz Posen und ihre berufenen Organe, die politischen Beamten des Ostens, gestaltet.

Den Ausgangspunkt der Interpellation bildete eine während des Jahres 1908 stattgehabte Reichstags-Ergebniswahl im Kreise Kolmar-Filchne-Garnikau. Bei dieser Gelegenheit hatte sich eine Anzahl von Beamten abgesondert und im Gegensatz zu dem die Wahlangelegenheiten bisher einheitlich besorgenden und leitenden Deutschen Wahlverein eine nationalliberale Sonderkandidatur proklamiert. Von irgend einer Drangsalierung der betreffenden Beamten kann aber keine Rede sein, und die angeblichen Verabschiedungen und Verletzungen, die aus Anlaß dieser Vorgänge stattgefunden haben sollen, gehören in das Reich der Fabel. Ein Gymnasialdirektor, der an der Ausstellung der nationalliberalen Kandidatur beteiligt war, ist anderthalb Jahre nach dem Wahlkampfe auf seinen Wunsch unter Verleihung einer Auszeichnung in den Ruhestand versetzt worden, weil er sich mit seinen 67 Jahren den Anforderungen des Dienstes nicht mehr gewachsen fühlte, und ein Gymnasialprofessor, der sich ebenfalls in dem erwähnten Sinne betätigt hatte, ist ein halbes Jahr später aus Gründen des inneren Dienstes, weil er als Mitsprachler am Schneidemühlener Gymnasium entbehrlich war, von Schneidemühl nach Bromberg versetzt worden — für den Kenner der Verhältnisse wahrhaftig kein schlechter Tausch. Mit den angeblichen Maßregelungen aber fallen auch alle weiteren Konsequenzen, die man an diese Vorgänge geknüpft hat, haltlos in sich zusammen. Das in Posen einseitig konservativ und gegen die nationalliberale Partei regiert werde, ist ein Hirngespinnst, weiter nichts. Mit Recht hat der freisinnige Abgeordnete Kronsohn, ein gewiß unverdächtigster Zeuge, bei der Besprechung der Interpellation erklärt: „Daß wir in der Provinz Posen ein einseitiges konservatives Parteiregiment hätten unter dem Oberpräsidenten von Balbow, davon kann absolut gar keine Rede sein. Das werden auch die nationalliberalen Parteigenossen des Abgeordneten Friedberg in Posen anerkennen.“

Wahr bleibt an der ganzen Angelegenheit nur dies, daß der Oberpräsident persönlich und durch seine Organe, Regierungspräsidenten und Regierungsräte, den Versuch gemacht hat, den betreffenden Beamten das Stricke und Verderbliche ihres Verhaltens vor Augen zu führen und sie dadurch von diesem Verhalten abzubringen.

Hat die Interpellation somit ihren eigentlichen Zweck verfehlt, so ist sie dennoch zu begrüßen. Die durch sie veranlaßte gründliche und allseitige Beleuchtung der in Betracht kommenden Momente sowie die vollkommene

Herausstellung der Wahrheit in dieser Angelegenheit erscheinen geeignet, auch die letzten Reste von Mißtrauen und Verstimmung, die seit der Kolmarer Wahl in einzelnen Kreisen des Ostens noch vorhanden sein könnten, zu zerstreuen.

Deutsches Reich.

— **Eine Indisposition des Kaisers.** Infolge einer leichten Erkältung muß der Kaiser das Zimmer hüten und sich Schonung auferlegen, zumal die Unpäßlichkeit bereits seit drei Tagen besteht. Die ärztliche Behandlung des Kaisers liegt in den Händen des Generalarztes Dr. v. Berg.

— **Der Reichstag** beriet gestern Donnerstag über den Toleranz-Antrag des Zentrums, Beschränkungen der religiösen Freiheit, soweit solche bestehen, auf dem Wege der Gesetzgebung zu beseitigen. Abg. Fürst zu Löwenstein (Ztr.) führte besonders Klage über eine Beschränkung der Katholiken in Braunschweig. Braunschweiger Geheimer Bez.-Rat Voden gab zu, daß früher die gesetzliche Stellung der Katholiken in Braunschweig nicht ganz geklärt gewesen sei, heute aber sei das alles anders. Abg. Müller-Münning (fr. Vp.) forderte vom Staate, daß alle religiösen Überzeugungen gleichmäßig geachtet werden, was aber den Toleranz-Antrag des Zentrums betrafte, so müsse man ihn von der Hand weisen, weil man wisse, wie weit die Machtgelenke des katholischen Zentrums gegenüber dem Staate gehen. Ueber den Antrag wird in der Freitagssitzung namentlich abgestimmt werden. Die Vorlage betr. Abänderung der Bestimmungen über Lohnbücher und Arbeitszettel wurde nach unerheblicher Debatte in Kommissionsberatung gegeben.

— **Die preussische Wahlrechts-Vorlage in der Kommission.** Die Wahlrechts-Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses lehnte gestern Donnerstag einen nationalliberalen Antrag ab, der dahin ging, die Darstellung der Wähler nicht in den einzelnen Stimmbezirken, sondern in Wahlbezirken vorzunehmen, evtl. in Gemeinden mit mehr als 3500 Einwohnern die Einteilung der Wähler einheitlich für die ganze Gemeinde vorzuschreiben. Ebenso wurden abgelehnt: ein Antrag der Freikonservativen, die Maximierungssumme von 5000 Mark auf 2000 Mark herabzusetzen, ein Antrag der Freisinnigen, daß die erste Abteilung mindestens zwei Zehntel, die zweite mindestens drei Zehntel der Wähler enthalten muß, und ein Antrag der Nationalliberalen, daß die erste Abteilung mindestens ein Zehntel, die zweite mindestens zwei Zehntel der Wähler enthalten muß. — Aus der Debatte ist erwähnenswert, daß der sozialdemokratische Redner erklärte, die Sozialdemokratie habe überhaupt nur dann die Möglichkeit, Vertreter in das Parlament zu wählen, wenn die Bezirksabteilung bestehen bleibt. Ein Regierungsvertreter erklärte, die Regierung fälle ihre Entscheidung gegenüber der Einteilung in Stimmbezirke erst dann, wenn sich das Abgeordnetenhause entschieden habe. Bei den Anträgen zur Maximierung wurde der freikonservative Antrag mit allen gegen die 4 Stimmen dieser Partei abgelehnt, der freisinnige Antrag gegen die 5 Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und Polen, und der nationalliberale Antrag gegen die 9 Stimmen der Nationalliberalen, Freisinnigen, Sozialdemokraten und Polen.

— **Die Handwerker und die Wahlreform.** Eine in Berlin abgehaltene außerordentliche Konferenz der Preussischen Handwerkskammern, die von 22 Kammern besetzt war, forderte in einer Resolution, daß das Recht auf Zuweisung in eine höhere Abteilung auch allen den Handwerkern zuerkannt werde, die mit einem Einkommen von mehr als 1500 Mark zur Staatseinkommensteuer veranlagt sind und seit mindestens 10 Jahren im Besitz des Meistertitels sind, sie forderte ferner von der Regierung Schutz gegen die Terrorisierung des Handwerks und schließlich eine Vertretung des organisierten preussischen Handwerks im Herrenhause.

— **Bei der Gewährung von Witwenrenten** im Rahmen der künftigen Hinterbliebenen-Versicherung wird, wie der „Voss. Ztg.“ geschrieben wird, in erster Linie eine Fürsorge für die Waisen eintreten, während eine solche für die arbeitsfähige Witwe zunächst nicht in Aussicht genommen ist.